

Lage im Persischen Golf deeskalieren, Nuklear-Abkommen mit dem Iran retten

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Situation am Persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation
2 scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Die angespannte Situation zwischen dem Iran
3 auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich
4 immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts,
5 Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende
6 Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhäft von DoppelstaatlerInnen provozieren
7 zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider
8 Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende
9 Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel
10 im Wege.

11 Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der
12 von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens
13 nicht
14 nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein
15 anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit
16 unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

Iran - ein hochproblematischer Akteur

17 Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur.
18 Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch
19 und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.

20 Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur
21 Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak
22 spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und
23 zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die
24 Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung
25 des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung
26 Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in
27 Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in der Nachbarschaft
28 Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

29 Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der
30 relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das
31 Nuklearabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA).

Saudi-Arabien - ebenfalls ein hochproblematischer Akteur

Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Einschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im Königreich 149 Menschen hingerichtet.

Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die – laut den Vereinten Nationen - derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat Katar hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain, begonnenen Demokratisierungsprozesse.

Das Atomabkommen retten

Durch den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen im Mai 2018 durch US-Präsident Trump, dreht sich die Eskalationsspirale zunehmend weiter und droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zusammenbrechen zu lassen. Auch die Regierung Netanjahu hat aktiv gegen den Verhandlungsprozess gearbeitet und damit zur Schwächung des Atomabkommens beigetragen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von

US-Seite unilateral die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran – bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.

Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen, durch diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare

Bewaffnung Irans zu verhindern. Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter Beschuss.

Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden sollen.

Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter Druck zu setzten.

Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Teheran testet nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Deeskalation jetzt!

Nichts desto trotz droht die Lage im persischen Golf militärisch zu eskalieren. Wir treten für die Freiheit der Schifffahrt ein. Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste

114 Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf
115 lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat. Für uns gelten die UN-Charta und
116 das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur auf Grundlage der UN-Charta und
mit
117 einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN-Charta zustimmen.

118 Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht
119 es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle
120 denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation
zwischen
121 allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPoA
122 durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den
123 Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

124 Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für
125 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege
für
126 legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und
127 Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den IranerInnen zu
128 Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und
im
129 Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

130 Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt
131 wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland
132 abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr
133 gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für
an
134 Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft
135 zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten
wohlhabenden
136 Kleptokraten nicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der
137 Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der
138 Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend
139 Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den
140 Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

141 Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu erhalten.
142 Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein
143 konnte, sondern ein Kompromiss war, und vor allem ein wichtiger vertrauensbildender Schritt.
144 Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive
145 Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage im
146 eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese Probleme
147 durch das Abkommen selbst noch nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne das
148 Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und
149 anzugehen.

150 Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des
151 „maximalen Drucks“ zurückzuweisen und neue Wege zum Frieden aufzuzeigen. Eine
Nahostpolitik,

152 die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der vielen Menschen in
153 Not - etwa in Jemen - mit unverantwortlichen Rüstungsexporten gar noch weiter zu
154 verschlechtern.

155 **Wir fordern deshalb, dass**

- 156 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen ihrer GASP (Gemeinsame Außen-
157 und
158 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und
159 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 160 • sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu
161 gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und
162 USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.
- 163 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
164 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit
165 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen
166 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss,
167 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt
168 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen

169 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,
170 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der
171 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 172 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant
173 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen
174 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive
175 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.
- 176 • die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch

177 eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische
178 Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der
USA zu
179 wappnen. Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die
180 USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und

- 181 Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische
182 Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik.
- 183 • Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren
184 Energien anbieten.
- 185 • Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit
186 bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran
187 Wassermangel und Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- 188 • klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und
189 dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- 190 • sich für die Rechte der Zivilgesellschaften in der gesamten Region einzusetzen und den
191 Kontakt untereinander zu fördern. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den
192 internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.
- 193 • die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg
194 beteiligt sind, endlich zu beenden.
- 195 • die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine
196 Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.